Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 259. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck Dresden 2640 **Donnerstag, den 4. November 1926**

Italien im Fieber.

Man hat immer geglaubt, daß die Energie, mit der der Faschismus sich gegen seine inneritalienischen Gegner wandte, kaum noch zu überbieten wäre. Das Parlament hat man durch Wahlrechtsanordnungen zu einem bedingungslos gehorchenden Instrument gemacht; die gegnerischen Parteien sind zerschmettert und zahllos sind die Gesetze, die jeden Andersdenkenden wirtschaftlich zu vernichten die beste Handhabe abgeben. Diese Diktatur, hinter der nach den amtlichen Angaben und auch nach dem äußeren Anschein die Mehrheit des Volkes stehen soll, übersteigert sich aber immer weiter und selbst jenen, die den Faschismus begrüßt haben und ihn grundsätzlich billigen, steigen nun doch allmählich Bedenken auf. Der Faschismus setzt sich gleich mit dem Staat; wer gegen den Faschismus ist, ist gegen den Staat. Unter solcher Begründung hat man in letzter Zeit den Italienern, die sich antifaschistisch einstellten, ins Ausland flohen aus Besorgnis vor gewalttätiger Behandlung und dort ihre Propaganda fortsetzen, das Staatsbürgerrecht aberkannt, weil nämlich Faschismus und Staat dasselbe sei. Höher rast jetzt der See und will mehr Opfer, nachdem wieder ein Attentat auf Mussolini scheiterte — wobei übrigens nicht verschwiegen werden darf, daß in die Tatsächlichkeit des Attentats einige Zweifel gesetzt werden. Sofort wurden sämtliche Oppositionsblätter in Rom ganz verboten, obwohl sie an sich schon überaus zahm sind. Antifaschistisch gesinnte Professoren in Padua werden zum Rücktritt gezwungen; man predigt die Lynchjustiz und die Zahl der Verhaftungen geht in die Tausende. Gewalttaten gegen unschuldige Andersdenkende häufen sich. Mit besonderer Wut aber wendet man sich gegen die Franzosen.

Die Liebe zu der lateinischen Schwester jenseits der Alpen ist in dem faschistischen Italien nie groß gewesen und dies Verhältnis hat sich weiter zugespitzt, als sich die landflüchtigen Faschistengegner nach Frankreich wandten und von hier aus einen sich nur literarisch betätigenden Widerstand gegen den Faschismus erhoben. In Italien behauptete man anläßlich des vorletzten Attentats, daß in Frankreich die Mordpläne gegen Mussolini ersonnen und vorbereitet würden. Das hat zu recht scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungen geführt, weil Frankreich sich weigerte, gegen die Flüchtlinge vorzugehen, solange nicht der Beweis für die italienischen Behauptungen erbracht sei. Es war bezeichnend, daß das Gerücht in einer Zusammenkunft zwischen Mussolini und Briand sehr bald eifrigst bestritten wurde. Nun hat der italienisch-französische Gegensatz zu schweren Zwischenfällen auf der italienischen Bahnstation Ventimiglia geführt, wo die Menge nicht bloß gegen französische Eisenbahnbeamte vorging, sondern in das französische Konsulat eindrang. Ein besonderer Fanatiker hielt dann vom Balkon herunter eine wenig franzosenfreundliche Rede. Auch die französischen Zollbeamten fühlen sich schwer bedroht und sogar in dem französischen Nizza ist es zu schweren Prügeleien zwischen Franzosen und Italienern gekommen.

Also ein diplomatischer Zwischenfall, der ein amtliches Einschreiten des französischen Botschafters bei der italienischen Regierung im Gefolge haben muß. Maßloser denn je ist die Sprache der faschistischen Zeitungen gegen Frankreich. Aber alles ist nur ein Ausdruck dafür, daß die Kluft zwischen Italien und Frankreich sich immer mehr verbreitert; auch politisch hat sich ja Italien von Frankreich abgewandt, hat engsten Anschluß an jene Mächte gesucht und gefunden, die sich als Gegner der französischen Vorherrschaft im Mittelmeer gezeigt haben. Mit England ist man befreundet, mit Spanien ist man eng verbündet und die Angriffspläne gegen die Türkei hat man noch längst nicht aufgegeben. Dem Frieden der Welt ist diese Einstellung wirklich nicht förderlich.

Wir in Deutschland können daran nicht vorbeisehen. Nicht etwa, daß wir uns für die eine oder die andere Seite entscheiden; denn mit beiden Seiten haben wir Reibungspunkte genug. Mit beiden Seiten verbinden uns aber auch Beziehungen, die wir nicht aufgeben wollen. Wir sind in der glücklichen Lage, vorläufig Beobachter bleiben zu können.

*

Die italienisch-französischen Zwischenfälle

In dem an der französisch-italienischen Grenze gelegenen Orte Ventimiglia, wo die französischen Bahnen endigen und die Zollstellen ihre Tätigkeit ausüben, wurden infolge der Erregung über das Attentat auf Mussolini heftige faschistische Angriffe auf französische Eisenbahn- und Zollbeamte unternommen. Das französische Konsulat war eine Zeitlang gewaltsam von den Faschisten in Besitz genommen. Franzosenfeindliche Reden wurden aus einem Fenster des Konsulats gehalten. Die italienischen Ortsbehörden haben dem französischen Konsul ihr Bedauern ausgesprochen. Die französische Regierung wartet den offiziellen Bericht des Konsuls in Ventimiglia ab, ehe sie weitere Schritte in der Angelegenheit unternimmt. In Beau Soleil kam es ebenfalls zu Handgreiflichkeiten zwischen Franzosen und angreifenden Italienern.

Auch aus Benghasi und Tripolis in Afrika werden Unruhen gemeldet. In Benghasi ist eine Bande von Faschisten in das französische Konsulat eingedrungen und hat den französischen Konsul gezwungen, die italienische Flagge zu hissen.

Auch in Tripolis haben mehrere Faschisten das französische Konsulatsgebäude gestürmt und den Konsul und das Konsulatspersonal tätlich bedroht. Der französische Botschafter in Rom, Besnard, soll dagegen bereits in schärfster Weise auf der Consulta protestiert haben.

Wiederzusammentritt des Reichstages.

Nach fünfmonatiger Pause ist jetzt der Reichstag wieder zusammengetreten, um die Winterarbeit zu beginnen. Die erste Sitzung brachte noch keinen besonderen Anlaß zu größeren Auseinandersetzungen, verlief vielmehr ziemlich kurz und sachlich. Doch dürfte schon in den nächsten Tagen erhöhte Lebhaftigkeit einsetzen. Überaus wichtiger politischer Stoff harrt der Erledigung. Die Erwerbslosenfrage steht im Vordergrunde, das Wahlreformgesetz kommt und vor allen Dingen soll in der nächsten Woche die Außenpolitik der Betrachtung unterzogen werden. Daran reihen sich viele andere Notwendigkeiten, so daß man sich auf starke Anspannung gefaßt machen darf.

*

Sitzungsbericht.

(225. Sitzung.) CB. Berlin, 3. November.

Präsident Löbe eröffnete die erste Sitzung nach den Ferien mit dem Nachruf für die während der Ferien verstorbenen Abgg. Richard Fischer (Soz.), Graf von Meerveldt (Dtn.) und Robert Dißmann (Soz.). Der Präsident teilte weiter mit, daß Abg. Dr. Bell (Ztr.) wegen seiner Ernennung zum Reichsjustizminister das Amt des Vizereichstagspräsidenten niedergelegt hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg Stöcker (Komm.), die kommunistischen Anträge und Interpellationen zur Frage der Fürstenabfindung auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag scheiterte jedoch an dem Widerspruch der Rechten. Ohne Aussprache wurden dann der deutsch-niederländische und der deutsch-dänische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, der deutsch-polnische Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse, das Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits und schließlich das deutsch-französische und das deutsch-belgische Luftverkehrsabkommen dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Die Novelle zur Gewerbeordnung und zu der Gewichtsvorschriften in Brotbäckereien wurden debattelos den Ausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Sammlung des Reichsrechts ging an den Rechtsausschuß.

Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag, um die Wahl des Vizepräsidenten vorzunehmen und kleinere Vorlagen zu beraten. Ein sozialdemokratischer und kommunistischer Antrag, die Erwerbslosenfrage morgen mit zuberaten, und ein kommunistischer Antrag, die Fürstenabfindung auf die Tagesordnung zu setzen, wurden abgelehnt.

Der heutige Kabinettsrat
Der Ankauf des Kaiserhofes genehmigt.

Berlin, 3. November. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung u. a. mit der Frage der Veranstaltung einer Weltausstellung in der Reichshauptstadt. Das Reichskabinett sah keinen Anlaß, eine Entscheidung zu treffen. Infolgedessen kam die eventuelle Bestallung eines Reichskommissers nicht in Frage, so daß die Namhaftmachung der in der letzten Zeit erwähnten Persönlichkeiten lediglich auf Kombinationen oder Vorschlägen beruht. In der Aussprache wurden übrigens gegen den ganzen Plan sehr erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Bedenken laut, die sich aus der wirtschaftlichen Gesamtsituation ergeben. Ferner nahm das Reichskabinett den Vortrag des Reichsinnenministers über die Wahlreformvorlage entgegen. Die Entscheidung über die Vorlage wird in einer späteren Sitzung erfolgen. Weiterhin hat das Reichskabinett die Zuleitung der Denkschrift über den Ankauf des Kaiserhofes und die Unterbringung der Reichsbehörden in Berlin an den Reichsrat und Reichstag einstimmig genehmigt. In der Denkschrift sind die sachlichen und finanziellen Vorteile, die sich für das Reich aus dem Ankauf im Zusammenhang mit den übrigen Maßnahmen ergeben, eingehend dargelegt. Die Denkschrift wird morgen der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Keine Internationalisierung der europäischen Eisenbahnen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 3. November. Zu der Meldung, daß bei der Tagung der Unterkommission des Völkerbundes für Verkehrsfragen von dem deutschen Vertreter vorgeschlagen worden sei, die europäischen Eisenbahnen unter Leitung des Völkerbundes im Kriegsfalle zu internationalisieren, wird der Telegraphen-Union authentisch mitgeteilt, daß diese Frage auf der Konferenz überhaupt nicht erörtert worden ist, so daß ein derartiger Antrag von dem deutschen Vertreter nicht gestellt werden konnte und auch nicht gestellt worden ist.

Schritte der französischen und italienischen Regierung.

Paris, 3. November. Der französische Botschafter in Rom, Besnard, protestierte bei der italienischen Regierung wegen der Zwischenfälle von Benghari, wo italienische Faschisten den französischen Konsul zwangen, neben der französischen auch die italienische Fahne zu hissen. Die italienische Regierung versprach, strenge Sanktionen zu ergreifen. Im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Ventimiglia stattete der italienische Unterstaatssekretär Grandi beim französischen Botschafter einen Besuch ab, um ihm sein Bedauern über die Vorfälle auszusprechen.

Die Schuld am Weltkriege.

London. Bei einem von der Völkerbundvereinigung gegebenen Essen hielt Sir Edward Grey, der bei Ausbruch des Weltkrieges Staatssekretär des Äußern war, eine sehr bedeutsame Rede. Grey vertrat den Standpunkt, daß die Propaganda, die Schuld am Kriege auf irgendeine einzelne Nation zu schieben, den wirklichen Ursprung und die Ursache des Krieges nicht enthülle, sondern verhülle. Der Krieg sei durch Umstände bedingt gewesen, die Generationen hindurch allmählich in Europa entstanden seien, nämlich die Teilung Europas in Mächtegruppen, die alle wettrüsteten. Wenn dieser Zustand wiederkehrte, so würden die Folgen wieder dieselben sein. Zunächst sei es die Hauptaufgabe des Völkerbundes, die Neubildung von einzelnen und einander entgegengesetzten Gruppen unter den europäischen Nationen zu verhindern, und ein großer Fortschritt sei in dieser Hinsicht durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden. Ein weiterer wünschenswerter Schritt sei der, daß Rußland, wenn es zu normalen Zuständen komme, ebenfalls in den Völkerbund eintreten möchte. Wenn Völker ihre Rüstungen verstärkten und den Völkerbundpakt brächen, so würden sie die ganze Welt gegen sich haben. Der Locarnopakt habe eines der gefährlichsten Hindernisse des Friedens, nämlich die Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland, entfernt.

Deutschlands Streben nach Kolonien.

Newyork. In einem „Kolonien für Deutschland" überschriebenen Leitartikel der „World" wird Deutschlands Wunsch nach Wiedererlangung einiger Kolonien als leicht verständlich bezeichnet. Der Versailler Vertrag habe Deutschland, das am stärksten industrialisierte Land der Welt, seiner kolonialen Vorteile beraubt. Die Nachrichten über von Deutschen begangene koloniale Greuel seien zumeist Kriegspropaganda gewesen; jedenfalls sprächen die deutschen kolonialen Leistungen zugunsten Deutschlands, wenn man sie mit denen Belgiens im Kongogebiet, Frankreichs in Syrien und Spaniens in Marokko vergleiche. Das europäische Kolonialsystem werde nicht verbessert durch Zuteilung der Kolonien eines Landes an andere Länder. Ein dauernder Ausschluß Deutschlands könnte den gegenwärtigen Zustand nur verschlimmern. Eine Änderung des Versailler Vertrages sei schwierig, aber die Staatsmänner, die jetzt den Frieden Europas zu festigen suchten, sollten vor einer solchen Aufgabe nicht zurückschrecken.

Komplott gegen die spanische Regierung.

An der spanisch-französischen Grenze sind bisher 100 Revolutionäre verhaftet worden, die an einer Bewegung gegen das Königtum und die Diktatur in Spanien teilnehmen wollten. Die Verschwörung hatte den Zweck, zunächst in Katalonien eine Verschwörung zu entfesseln, von wo aus die Bewegung ganz Spanien ergreifen sollte. Der König sollte gestürzt, Primo de Rivera verhaftet werden.

Der Führer der Bewegung ist ein vierundzwanzigjähriger Mechaniker José Carillo, der in einer Fabrik in Villancourt bei Paris angestellt ist. In seinem Besitz war eine Summe von 27 000 Frank, die er von dem eigentlichen Leiter der Bewegung, dem früheren Oberst der spanischen Armee Maria, in Perpignan erhalten hat. Maria leitet von Perpignan aus die separatistische Bewegung in Katalonien. Carillo waren versiegelte Briefe mitgegeben, die erst nach dem Überschreiten der Grenze geöffnet werden sollten, und die außer genauen Instruktionen die Angaben über Waffenverstecke enthielten.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF